

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

25.7.1910 (No. 166)

sich dann zeigen. Möge uns aber der allgütige Gott hierin bewahren!

Ein Blick auf die große französische Revolution, auf das Jahr 1789 kann uns, könnte auch einen Minister freilegen von und zu Bodenman doch eines andern belehren! Hier hat eine schwache von Logenbrüdern (Nieder usw.) in schlimmer Lage über beratene Regierung auch den Versuch gemacht, mit revolutionären Parteien zu liebäugeln, sie zur Arbeit in der Regierung heranzuziehen. Es wurden Minister berufen, die bisher an der Spitze der aufständischen Bewegung gestanden hatten. Man jubelte dem schwachen König zu. Und was war die notwendige Folge dieser Schwäche? Die Zügel der Macht und der Regierung entglitten seinen Händen, die von denjenigen gierig an sich gerissen wurden, die längst auf diesen Moment gelauert hatten. Schließlich wurde der König mit seiner unschuldigen Familie gefangen gesetzt, moralisch gequält und misshandelt und schließlich mit der Königin auf das Schafot geschleppt, gleich vielen Tausenden die an sich erschauern mußten, was es mit der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ nach dem Rezept eines Rousseau und Voltaire und der andern ungläubigen Philosophen in der Praxis für eine Bewandnis habe, wenn die von keiner Religion mehr gezielte Bestie im Menschen zum schrankenlosen Durchbruch kommt!

Auf die Erfahrungen, die unser dachiges Fürstentum im Jahre 1848/49 mit den Vätern des jetzigen Jungliberalismus gemacht hat, werden wir nicht besonders hinzugehen brauchen, da sie wohl noch in aller Gedächtnis sind.

Rein! Herr Minister von und zu Bodenman! Eine revolutionäre Partei bekämpft man nicht damit, daß man ihr durch die Finger sieht, daß man ihr schmeichelt, daß man ihr nachgibt! Damit zieht man sie nur groß, läßt man sie sich über den Kopf wachsen, wird man von ihr schließlich verschlungen!

Lassen Sie sich vielmehr etwas Anderes sagen:

Alle Fragen Lösung ist Christus! Hieran gibt es nichts zu drehen und zu mädeln.

Er ist der Grund- und Eckstein der Reiche und Völker! Und wer das nicht einsehen will, wird dies selber oder später zu seinem Schrecken erfahren müssen. Wie spricht doch der hl. Geist durch den Mund des Propheten? „Ich werde die Völker, die mir nicht dienen wollen, austrocknen, wie einen dürren Baum!“

Widern wir hin nach Frankreich, wo sich dieses fürchtbare Wort in erschreckender Weise bewahrheitet! Nebst dies nicht für jeden, der hören will, eine deutliche Sprache? Spricht nicht neuerdings wieder der große französische Sozialökonom Leroy-Beaulieu von einem austretenden Frankreich? Wehnet er nicht aus, daß, wenn die Abnahme der Geburten in Frankreich noch einige Jahre so weiter gehe, die französische Nation als solche erlöschen sein und an deren Stelle Einwanderer aus Deutschland, Belgien, Italien und Spanien getreten sein werden? Nennt er nicht als die erste Ursache des herrschenden Reins, Eins- und Zweifelhensystems, das Frankreich entvölkert, die Schwächung des religiösen Glaubens, den mehr und mehr zu ächten, die unvergleichliche Stupidität der öffentlichen Gewalten sich unablässig abmüht?

Das sind doch wahrhaftig Worte, die einen Minister der Sozialdemokratie und dem Radikalismus, die doch in dem unglücklichen Frankreich in brutaler Weise das Szepter schwingen, bedenklich machen könnten, die uns aber, die wir es mit dem deutschen Volke gut meinen, den Wunsch aus dem innersten Herzen ausprechen und als Gebet zu Gott empfehlen lassen: „Gott behüte und bewahre uns vor französischen Zuständen und dem Zukunftsstaat, von dem uns die große französische Revolution im Jahre 1789 und die schrecklichen Ausschreitungen der Kommune in Paris im Jahre 1871 einen Vorgeschmack gegeben haben!“

Gewiß Franken die heutigen Zustände in vieler Hinsicht, ist auf sozialdemokratische Recept nach dem Grundsatz: „Ni Dieu, ni maître!“ Weder ein Gott noch ein Herr! wollen wir über uns anerkennen noch die Worte:

„Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spaten!“

Rein diese Heher und Volksaufwiegler bieten dem armen Volke nur Steine statt Brot! Hier kann nur das Christentum helfen. Deshalb muß die Religion allen Ständen — nicht nur dem untern Volke — erhalten werden und wieder in Fleisch und Blut übergeben! Nur wenn sich Reich und Arm in deutschen Vaterlande wieder christlich betätigen, dann kann geholfen werden. Wenn Reich und Arm den sozialen und göttlichen Sinn der zehn Gebote Gottes und des Gebotes des Herrn richtig erfassen, die ja in so unvergleichlich schöner Weise das Verhältnis des Menschen zu Gott — des Erschaffenen zum allmächtigen Schöpfer —, das Verhältnis der Menschen unter sich und die Würde der Menschen regeln, wieder richtig erfassen und in häuslichen und öffentlichen Leben wieder richtig betätigen: dann wird die soziale Frage allein richtig und gründlich gelöst werden, soweit sie auf Erden gelöst werden kann. Dann wird auch unser schönes Vaterland und unser geliebtes Deutsches Reich dem schönsten innern Frieden entgegengehen. Dann wird es sich unter dem Segen Gottes zu herrlicher Höhe erheben. Jeder andere Versuch wird nur unglückliches Gend auf unser Land und seine Bewohner bringen.

Nur im christlichen Sinne wird sich die soziale Frage lösen lassen. Nach dem Grundsatz: Christus gestern, Christus heute und Christus in Ewigkeit!

Deutschland.

Berlin, 25. Juli 1910.

Von dem vergessenen Fürsten Wilow glauben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ein Lied singen zu können:

Vor einem Jahr war sein Wagnis zum Abschied mit einer Fülle von Blumen geschmückt, die offizielle Welt war vollzählig erschienen, und Gräße herrlicher Sympathie folgten dem Entschieden in das Exil. Es war ja nicht wie in den Tagen, da der erste Kaiser unter Sturmbräusen Abschied nahm, die Welt war nicht erschüttert, sie war kaum erschreckt. Aber man hätte damals damals nicht geglaubt, daß ein Mann von der historischen Stellung des Fürsten Wilow so schnell vergessen werden könnte, wie es jetzt geschah. Manche hatten geglaubt, daß Fürst Wilow fortan nicht „als Nummer

Hund“ sein Dasein verbringen, sondern zu gelegener Stunde auch wieder tatkräftig in das politische Leben eingreifen werde. Dies ist nicht geschehen, die weichen Hüfte Stotens haben ihn in ihren Bann gezogen, und das Schlachtfeld von Philipp hat sich in die Tasse d'Or eines sommersolablen Berliner Hotels verandelt, in dem ihn nur einige Getreue wie die Herren Hammann und Arendt besuchten. Allerdings auch Herr von Bethmann-Hollweg, der von seinem Edelstolz auftrach, um zwei Stunden lang mit ihm von den Mühen und Sorgen des Amtes zu plaudern. Das Bild, das sich bietet, macht aber trotzdem nicht gerade einen glänzenden Eindruck, man könnte beim Beschaun sentimental werden, die Maxime des Königs Amasis verwenden und das Wort von den Göttern zitieren, die niemanden ein glückliches Ende besetzen, auf den sie vorher mit vollen Händen ihre Gaben streuten. Jedenfalls gleich Fürst Wilow, den man einst für einen großen und kraftvollen Staatsmann hielt, so gar nicht einem gelebten Titanen, der sich trotzig gegen das Schicksal emporkämpfte. Und wer einen Vergleich zieht zwischen dem Jahre, das er in Rom verbrachte, und jenem ersten Jahre, das er in Entlassung Bismarcks folgte, der wird aus der Psychologie dieser beiden so verschiedenen Zeitabschnitte auch den Rückschlag auf die Gründe finden, weshalb auf den Scheitel des einen sich so grandiose Erfolge häuften, während der andere, den doch einst so mancher Hymnus umschmeichelte, schon vom Hause der Vergessenheit umspült wird.

„Häßliche Dinge gehen draußen vor! Es ist, als ob der deutsche Liberalismus den Beweis liefern wollte, daß er nicht an der Klugheit und dem staatsmännlichen Sinn seiner Gegner, sondern an den eigenen Torheiten zugrunde gehen wollte.“ Mit diesen Worten beginnt der Hg. Dr. Müller-Meinungen einen in verschiedenen fortschrittlichen Blättern abgedruckten Artikel und zeichnet damit nicht über die Situation, in die der Liberalismus, insbesondere der „entschiedene“, sich hineinmanövriert hat. Aber Dr. Müller will noch weiter diesen Weg gehen, denn er schreibt: „Alles in allem: Eine gemeinsame bürgerliche Allianz gegen die Sozialdemokratie ist unter den jetzigen politischen Verhältnissen in Deutschland eine Utopie! Eine Demittierung einer liberalen Gruppe bis zu einem Bündnis mit den Ultramontanen bedeutet die stärkste direkte Unterjüngung des Gegners, den man angeblich treffen will: Die beiden liberalen Parteien sind aufeinander mehr angewiesen als jemals, da sie von allen anderen Parteien rückwärtslos angegriffen werden, ja, angegriffen werden müssen. Lassen die Unterführer die beiderseits verständigen Parteiteilungen im Stiche, so darf kein Mittel öffentlicher Erklärung unverzagt gelassen werden, um die kurzfristigen aufmerksamen zu machen, daß es sich bei den nächsten Wahlen um die Existenz des Gesamtliberalismus handelt.“

Ein hartes Urteil über die Unwahrscheinlichkeit der Wloppolitik fällt die „Zeitfragen“ in folgenden Worten: „Wir haben ganz besondere Ursache, uns den geschichtlichen Zufallsfall, den die Wilowische Wloppolitik bildet, zu erinnern und über die eigentliche Ursache der jetzt das ganze deutsche Volk erschreckenden Vererbung klar zu werden. Denn ganz naturgemäß mußte auf den konservativ-liberalen Wloppolitik der liberal-sozialdemokratische folgen und mit der Gewalt eines Naturgesetzes wird auch dieser von dem sozialdemokratischen Radikalismus zerrüttet werden. Die Fehlerquelle liegt heute wie damals in dem Wahne, daß man die großen, im Parteileben um den endgültigen Sieg ringenden Grundanschauungen nur zu verwickeln und zu verfleistern, ja die Parteien nur innerlich zu zerlegen brauche, um für alle Zeiten gewonnenes Spiel zu haben. Das ist die Politik des Fortwärtelns, die um eines Augenblickserfolges willen den Kampf aller gegen alle entfesselt und die wir seit zwei Menschenaltern in Deutschland den Staat an den Rand des Verderbens bringen sehen. Auch das vom Fürsten Wilow gegenüber den konservativen Parteien verübte Mittelchen einer Verjüngung oder aufweichenden Vererbung ist in Deutschland gegenüber unebenen Parteien oft genug geübt worden: mit dem einzigen Erfolge einer immer verbängnisvolleren Zerrüttung der zum Aufbau im nationalen Staate bereiten Kräfte! Es gibt deshalb keinen verbängnisvolleren Irrtum, als daß der deutsche Liberalismus oder gar konservative Kreise sich heute dem Wahne hingeben, man brauche die sozialdemokratische Partei nur revisionistisch zu durchziehen, um sie zu einer Schattierung und politisch erträglichen Form des Liberalismus sich herausmanieren zu sehen. Noch weit mehr als gegenüber den liberalen Parteien gilt dort das Wort: „Was nicht zu Moses und Aaron gehört, kommt im Roten Meere um!“

Ausland.

Frankreich.

X Aeroplane und Kriegsflotte. Ein vom Marineminister eingeleitetes Komitee unter Vorsitz des Admirals Le Nord ist gegenwärtig mit der Prüfung der Frage beschäftigt, in welcher Weise die Aeroplane für die Kriegsflotte nutzbar zu machen wären.

○ Aufhebung einer Kulturkämpferischen Maßregelung. Der Staatsrat hat die vor zwei Jahren vom damaligen Kriegsminister Picquart verfügte Strafmaßnahme, durch die mehrere Offiziere wegen Teilnahme an einem vom Bischof von Lyon abgehaltenen religiös-politischen Vortrag in die Nichtaktivität versetzt worden waren, als ungesetzlich aufgehoben.

Spanien.

— Ueber den Morbanslag auf den früheren Ministerpräsidenten Maura in Barcelona wird noch gemeldet: Maura war um halb 12 Uhr mit dem Wabdrer Schnellzug hier angekommen. Als er den Wagen verließ und seinen Freund umarmte, ferner ein schlicht geliebter junger Mann aus einer Selbstabernpistole drei Schüsse auf Maura ab. Derselbe wurde am Arm und Bein, sein Freund am Bein verletzt. Der Täter wurde gefaßt und in Automobilen des General-Lapitans weggeführt. Nach kurzen Aufenthalten wurde Maura zum Schiffe geleitet. Die Verletzungen Mauras haben sich als ziemlich leicht erwiesen. Die Persönlichkeit des Angreifers ist festgestellt. Es handelt sich um den 20 Jahre alten Manuel Posa Roca aus Barcelona.

Türkei.

○ Weitere Verhaftungen. Wie die Blätter melden, sind der Prediger Hafis Ahmed, ein Schwager Ali Kemal, ferner vier Zollbeamte, ein

Advokat und andere Personen verhaftet worden. Auch in Smyrna wurden ein Advokat und ein Beamter verhaftet. Die Tochter des früheren Sultans, Prinzessin Schadije, weist die Zeitungsgerüchte über ihre Teilnahme am Geheimkomitee zurück.

Balkanstaaten.

○ Zur Lage in Mazedonien wird aus Sofia gemeldet: Die Strenge der türkischen Behörden bei der Entwaffnung der Bevölkerung in Mazedonien und der Uebergang einer Anzahl ottomanischer Personen nach Bulgarien haben in mazedonischen Kreisen eine lebhaftere Erregung hervorgerufen. Eine Anzahl Mazedonier begaben sich nach der Türkei, wo sie eine Bande bilden wollen. Die Grenzbehörden konnten den Uebergang nicht verhindern.

○ Türkei und Griechenland. Aus Athen wird gemeldet: Die türkische Regierung ließ durch ihren Gesandten beim Minister des Äußeren die Forderung von 1200 Pfund als Entschädigung für die türkischen Passagiere einreichen, die sich bei dem rumänischen Grenzübergang an Bord des rumänischen Dampfers befunden hatten. Der Minister lehnte die Forderung ab, da nach dem Protokoll über die amtliche Meldung des Zwischenalles Forderungen Dritter ausgeschlossen seien und Rumänien die Passagiere der von gesagten Entschädigungssumme zu entschädigen habe. — In der Verhandlung gegen die griechischen Exzendenten vor der Pariser ottomanischen Bank wurden alle Angeklagten freigesprochen.

Rußland.

— Russische Annexion. Aus Anlaß des 300jährigen Jubiläums des Kaiser Romanow im Jahre 1913 ist der Plan zu einer umfangreichen Annexion ausgearbeitet. Alle politischen und literarischen Verwerder, soweit sie nicht in terroristischen Taten verwickelt sind, sollen begnadigt und in ihre Rechte vollständig wieder eingeweiht werden. Schwedende Prozesse dieser Art sollen aufgehoben werden. Terroristischen Verbrechern wird ein Teil der Strafe erlassen. Besonders umfassend wird sich die Annexion auf die in die Revolutionswirren verwickelten Bauern erstrecken.

Afrika.

X Deutsche Deserture der Fremdenlegion. Wie „Agence Havas“ aus Melilla meldet, sind dort sechs deutsche Deserture der Fremdenlegion eingetroffen. Nach ihren Erzählungen wurden sie von Mauern festgehalten, aber wieder freigelassen, als sich herausstellte, daß sie keine Franzosen waren. Ueber das Schicksal ihrer Kameraden, die mit ihnen zusammen desertierten, ist nichts bekannt.

Baden.

Karlsruhe, 25. Juli 1910.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig geruht, folgende Beamte der Staatsbahnverwaltung landesberühmt anzuweisen: die Revisoren Karl Grohmann, Friedrich Wöhner und Karl Offenburg bei der Generaldirektion, die Stationskontrolloren Joseph Gabel in Spaagen und Wilhelm Spieler in Waldbrunn, die Betriebssekretäre Wilhelm Koch in Mannheim, Karl Fortböckler in Ergersheim, Philipp Stummann in Durlach, Wilhelm Bredert in Singen und Karl Spitz in Weickhof, den Eisenbahningenieur Simon Gontum in Heidelberg, den technischen Assistenten Philipp Diehm in Bruchsal, den Zeichner Heinrich Bömer bei der Generaldirektion, den Baukontrolloren Rudolf Stein-Gronert in Wafel.

Zum Ministerwort über die Sozialdemokratie

schreibt jemand im „Schwab. Merkur“ Nr. 329 vom 19. Juli in einem Leitartikel:

Kann das, was nach der Darstellung des Karlsruhe sozialdemokratischen Blattes mangelhaft für die Umkehr von diesem Resultate war, für den Unabgegeben an der Beurteilung der wesentlichen Stellung der Sozialdemokratie etwas ändern? Wie die Worte des Ministers Bodman wirklich gedeutet haben, läßt sich, da der kenographische Bericht noch nicht vorliegt, nicht genau feststellen. Doch die Sozialdemokratie in Deutschland eine „großartige“ Bewegung verlor, wird niemand in Abrede stellen; daß diese Bewegung aber dem „vierten Stand“ zum Vorteil gereiche, darüber läßt sich zum mindesten recht sehr streiten. Die Befreiungen zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen, die unsere Gesellschaft seit Jahrzehnten bestritten und Deutschland zu einem sozialpolitischen Vorbild für die ganze Kulturwelt gemacht haben, werden von allen Parteien geteilt, und wenn irgend etwas den auf diesem Gebiete zu verzeichnenden politischen Errungenschaften hinderlich im Wege gestanden hat, so ist es gerade die Sozialdemokratie gewesen. Daran wird weder durch die Bodmansche Rede, noch durch das nachfolgende Verhalten der badischen Sozialdemokraten, auch nicht durch ihr teilweises Ausstehen bei dem doch auf den Großherzog, das Geringste geändert. Wir haben lebhaftig vor einem vereinzelt Schandtag opportunistischer Taktik, der für das Gesamturteil über die Sozialdemokratie in keiner Weise ins Gewicht fallen kann. Die einzige Bedeutung, die diesem Schandtag wirklich zukommt, ist, daß die an ihn sich knüpfende Erörterung die Nichtbündnisfähigkeit der Sozialdemokratie erst recht klar machen wird.

Zu der „Freien Stimme“ wurde anlässlich des lobenden Wortes des Ministers für die Sozialdemokratie gefragt: Kennt der Minister vielleicht auch die nationale christliche Arbeiterbewegung? Man wird zugeben, daß unter diesen Umständen Grund zu dieser Frage vorhanden ist. Mit der Ausweisung des Ministers werden Revisionisten wie Radikale gegen die national-christliche Arbeiterbewegung kämpfen und mit Recht darauf hinweisen können, daß ein Spruch eines so alten adeligen Geschlechts, das sich auch treu zu den Pflichten stand, wohl der Sozialdemokratie ein solches Lob gesendet habe, nicht aber der national-christlichen Arbeiterbewegung. So ist es freilich richtig, daß das Wort des Ministers nichts daran ändert, daß gerade die Sozialdemokratie, die „großartige“ Bewegung zur Hebung des 4. Standes, der sozialen Hebung zugunsten des 4. Standes fast nur Hindernisse bereitet hat. Aber dasselbe Wort wird seine Wirkung tun zugunsten der Sozialdemokratie noch viel mehr als das Wort des Ministers Schenkel, der die Vertreter der Sozialdemokratie nicht mißsen wollte.

Alle bisherigen Leistungen in Schatten gestellt.

Die Begleit-Erscheinungen der Vorrömäus-Enzyklistik haben in einen wahren Abgrund der häßlichsten Leidensthaften bilden lassen, welche gegen den päpstlichen Stuhl, gegen die katholische Kirche überhaupt und speziell auch gegen das Zentrum angefaßt wurden. Die neueste Leistung ist in Salzburg zutage

gefördert worden. Man darf sie wohl auch als die hervorragendste bezeichnen. Der Marianische Kongress, der in Salzburg tagt, hat gewisse Elemente giftigsten Hasses in Form gebracht. Sie veranstalteten eine Protest-Verammlung, um auf und in derselben den „Ultramontanismus“ mit Keulen zu schlagen und zu prägen. Professor Währmann aus Innsbruck, die Landtagsabgeordnete Professor Dr. Angerer aus Klagenfurt und Prof. Freuler aus Salzburg, der wagn. Pfarrer Dr. Hegemann aus Raibach und der altkatholische Pfarrer Johner aus Nied stellten die Reden, in welchen „unter stürmischen Beifall der Ultramontanismus von allen Seiten in seiner verderblichen Wirkung beleuchtet wurde“.

Am Schlusse wurde dem Ganzen „die Krone“ aufgesetzt, indem folgende „Entschliegung“ verlesen wurde:

Die am 19. Juli 1910 in Salzburg aus Anlaß des 5. Internationalen Marianischen Kongresses tagende antikirchliche Massenversammlung sendet folgenden Entschliegungs-Schreiben zu Händen Sr. Hochwohlgeborenen Herrn Josef Maria von Bischof X., Bischof in Rom: „Hochgeachteter Herr! Bei den vielen Anfeindungen, die Sie in jüngster Zeit aus den Kreisen der Gegner erfahren haben, wird es Sie freuen, auch einige aufmunternde Worte von dieser Seite zu hören. Sie haben die Ehre des hl. Vorrömäus wegen der Verdienste seiner und unserer Zeit Ihrem gedruckten, väterlichen Christenherzen durch einige derbe Scherze und unwürdige Schelte Worte Luft gemacht. Das ist unsehbar Ihr Recht. Sie blenden und unheimlich, wie die irgläubigen Häretiker sind, haben diese laut Protest erhoben und ihre Regungen und Füßchen dem hl. Stuhle auf die Wangen gesetzt, in der Absicht, Sie, hochgeachteter Herr, einzufächeln und vor ähnlichen Veroffentlichungen Ihrer gegen den heiligen Stuhle, wie viele glauben, eingegebenen Gesichtsäußerung abzuhalten. Das ist wieder für die protestantischen Länder und Reich und recht. Und haben solche Mittel nicht zur Verfügung. Wir müssen es anders machen. Wir freihändigen im Herzogtum Salzburg läßt Ihre historische Abhandlung als höchst wissenschaftlichen Werk und Ihrem Verstande vollkommen entsprechend, und sind überzeugt, daß Sie sich auch hier allerbester Nachfolger bei solchen Anlässen immer wieder in gleicher Weise die passenden Worte zur Anfeuerung der Heher und Antikirchler finden werden. Die Gesellschaft der Heher und Ungläubigen ist nur zu sehr zur Lausheit und Ungläubigkeit gegen das ultramontane Anechtungsweisen geneigt und vom Teufel des Unglaubens nun einmal besessen, glaubt sie auch nicht, daß das heutige Rom alles das anstreift und verwirklichen möchte, was das alte Rom an Serechtheit, Leberhebung, Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit gegen Kaiser, Könige, Fürsten und Völker ohne Erbarmen geübt hat. Eine solche Engherzigkeit wie die Ihre, ist aber ein wertvolles Aufklärungsmittel für die Gegenwart. Wie bitten Sie, von Zeit zu Zeit uns wieder einen ähnlichen Aufsatz für unsere Zeitgenossen und Bekannungen zu liefern und begreifen Sie daher als unseren wichtigsten und wirksamsten Mitarbeiter und Förderer mit einem kräftigen und aufrechten Los von Rom! Wir bitten die im Jahre 1910 vorläufig erfolgten 350 Austritte aus Ihrer Genossenschaft als bestgehende Beleggabe gütig entgegen nehmen zu wollen. Wir verabschieden die Ihnen in Zuneigung und Wohlwollen erprobten Antikirchler im Herzogtum Salzburg.“

Wir entnehmen diese Leistung den „Leipz. Neuest. Nachr.“, die ihr Wohlgefallen daran in folgender für angelegentlich Bemerkung zum Ausdruck zu bringen suchten:

„Diese Entschliegung, die wegen ihrer Originalität unter den antikirchlichen Entschliegungen gegen die Engherzigkeit hervorstechend zu werden verdient, wurde unter stürmischen Beifall einstimmig angenommen.“

Wir sind auch der Meinung, daß sie „entschieden“ hervorgehoben zu werden verdient, und wollen unserselbst dazu mitwirken. Wir wollen sehen, ob man auf gegnerischer Seite zu einem Worte des Tadels und des Protestes gegen eine derartige Leistung sich antrafft. Eine nähere Charakterisierung derselben scheint nicht notwendig zu sein.

F. Sozialdemokratische Schmerzen.

Ettlingen, 25. Juli. Ein Arbeiter schreibt uns: In zwei Sprachen redet gegenwärtig der „Volkfreund“ zu seinen Genossen. Während er in den Spalten der bad. Politik aus leidt begründeten Gründen den gahnen revisionistischen Standpunkt vertritt und mit seinen ihm sonst so geläufigen Straftandsdrüden zurückläßt, zieht er in der Reichspolitik andere Seiten auf und macht gelegentlich auch in Radikalismus. Kein Wunder, daß die armen „Genossen“ nicht mehr wissen, wo ihnen der Kopf steht, und dann kommt es vor, daß sie in eben ihrem Lieblingsblatt Artikel verbrochen, wie der Ettlinger Korrespondent in Nr. 169. Er berichtet der selbst über Mißstände in hiesigen Fabriken, u. a. erwähnt er, daß ihm eine Fabrik bekannt sei, in welcher bis zu 18 Stunden und länger gearbeitet wird und knüpft daran die gestreute Bemerkung: „Nach all dem sollte man es nicht für möglich halten, daß ein solcher Kreis von einem konservativen im Landtage vertreten ist.“ — Ei, ei, wie man werden denn die Arbeiterfrage im Landtag gemacht? Bisher haben wir geglaubt, dies sei Sache des Reichstags. Und der Bezirk, in dem die meisten Arbeitsverhältnisse bestehen, ist ja seit Jahren von dem Radikalen Eichhorn vertreten. Wenn wir die Sachlage nach der politischen Vertretung des Bezirks beurteilen wollten, wie es der hiesige „Volkfreund“-Schreiber tut, so müßten wir zu dem Schlusse gelangen: Da in dem Bezirke, der seit Jahren im Reichstag sozialdemokratisch vertreten ist, noch solche Mißstände herrschen, haben die Arbeiter von den sozialdemokratischen Sprüchen genug, und haben sich bei der Landtagswahl eine andere parlamentarische Vertretung geschaffen, was sie bei der kommenden Reichstagswahl wohl auch vorhaben könnten. Dann aber noch eine Frage an den verehrlichen „Volkfreund“: Woher kommt denn die große Rücksichtnahme auf die angeblich ihre Arbeiter ausbeutenden Fabrikanten? Sind diese etwa konservativ? Man könnte es fast meinen nach den Ausführungen des Artiklers. Doch nein, wäre denn der Fall, so würde die Öffentlichkeit gewiß die Namen derselben erfahren. So aber gehören sie zu der politischen Gruppe, die den Sozialdemokraten am nächsten steht. Wie wäre es, wenn die sozialdemokratischen Führer einmal persönlich bei ihren Freunden vorprechen würden? Dem Freunde wird man ja eine solche Bitte wohl nicht gut abschlagen können. Dann wäre den Arbeitern wohl besser geholfen, als mit verhehenden Artikeln, die keinen andern Zweck haben, als dem verhassten politischen Gegner eins zu versetzen, wenn dieser auch eine Veranlassung absolut nicht vorliegt.

